

**Katrin Franz, Isabella Haidl, Kerstin Hartmann, Felix Lehnhoff,
Sofrony Riedmann, Christian Bittner und Benedikt Orłowski**

E-Partizipation als neuer Impuls in stadtplanerischen Prozessen?*

Von den Visionen der Stadtplanenden zu den Utopien der BürgerInnen

Dieser Beitrag schließt an die Debatte um die Potentiale so genannter Web-2.0-Technologien für kollaborative Wissensproduktion und demokratische Teilhabe an. Die AutorInnen gehen der Frage nach, in wie weit Prozesse der Stadtplanung und -entwicklung durch Instrumente der E-Partizipation verändert werden. Untersucht wird dies sowohl für die Ebene der sich an Stadtplanung beteiligenden AkteurInnen, als auch für die Ebene der diskutierten Inhalte. Dafür werden mehrere Fallstudien aus Hamburg und Nürnberg vorgestellt, bei denen verschiedene Sichtweisen von VertreterInnen der öffentlichen Verwaltung, von BürgerInneninitiativen und privaten Dienstleistungsunternehmen analysiert werden. Der Beitrag kommt zu dem Schluss, dass sich durch E-Partizipation gewisse emanzipatorische Potentiale ergeben, durch eine Öffnung und inhaltliche Anreicherung von Debatten, sowie eine erhöhte Transparenz von Entscheidungsprozessen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch die Beharrungskraft hierarchischer und exkludierender Strukturen in der Stadtpolitik, denen sich durch E-Partizipation kaum begegnen lässt.

Schlagworte: **Stadtplanung, Stadtentwicklung, E-Partizipation, Web-2.0, Bürgerbeteiligung**

1 Stadtplanung 2.0?

Leitbilder und Zielsetzungen städtebaulicher Planung wandelten sich in Deutschland in den vergangenen 100 Jahren ebenso wie die politischen und sozialen Konfigurationen aus denen sie erwachsen. Es veränderte sich die Zusammensetzung der in die Stadtplanung involvierten AkteurInnen, deren Handlungsspielräume und Instrumente – immer aber sahen sich die einzelne BürgerInnen gewissermaßen dem Denken und Wirken der „mächtigen“ Städteplanenden ausgesetzt (DÜWEL/GUTSCHOW 2005). In den letzten Jahrzehnten lässt sich diesbezüglich eine grundlegende Neuorientierung beobachten. Zunehmend wird ein integrativer Stadtplanungsprozess gefordert, der einzelnen Personen mehr Mitspracherechte zugestehen möchte (*Deutscher Städtetag* 2013). Doch auch in Zeiten eines demokratischeren Verständnisses planerischer Prozesse, sowie einer zunehmenden Privatisierung öffentlichen Raums und verstärkter Einflussnahme privatwirtschaftlicher Akteure (public-private-partnerships) wird der behördlichen Stadtplanung nach wie vor ein hohes Maß an Einflussnahme auf das Erscheinungsbild einer Stadt nachgesagt (SINNING

2007: 303). Die Behörden unterliegen zwar gemäß §3 BauGB der gesetzlichen Verpflichtung, die Öffentlichkeit „möglichst frühzeitig“ über die jeweiligen Planungsvorhaben zu informieren und einen Rahmen zur Äußerung von Vorschlägen respektive Kritik zu schaffen. MÄRKER/WEHNER (2008: 86) zufolge geschieht dies jedoch meist zu einem bereits fortgeschrittenen Zeitpunkt im Planungsprozess, sodass die tatsächliche Einflussmöglichkeit und die Chance der BürgerInnen, rückwirkend auf entscheidende Weichenstellungen einzuwirken, nur sehr gering ausfällt.

All dies wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie reagieren EntscheidungsträgerInnen auf die Forderung nach mehr Partizipation? Mit welchen Strategien wird ihr begegnet und mit welchen Instrumenten wird sie realisiert?

Ins Blickfeld gerät hierbei immer häufiger die sogenannte „E-Partizipation“ (ein zusammenfassender Begriff für Online-Formen der Beteiligung an politischen Prozessen), welche eine neue Quantität und Qualität der Beteiligung der BürgerInnen am Stadtplanungsprozess verspricht. ALBRECHT et al. (2008: 5) verstehen unter E-Partizipation „die Teilhabe von natürlichen und juristischen Personen [...] an politisch-administrativen Prozessen der Entscheidungsfindung mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnik“. Im Idealfall sollen also spezielle Internetanwendungen die Ideen und Bedürfnisse der BürgerInnen in die Konzeption und Weiterentwicklung unterschiedlichster städtebaulicher Vorhaben einfließen. Dies kann beispielsweise die Gestaltung von einzelnen Grünflächen bis hin zur

* Der Aufsatz basiert auf einer zweisemestrigen, projektorientierten Lehrveranstaltung im Master Kulturgeographie an der FAU Erlangen-Nürnberg (Lehrforschung 2013/2014: „Potenziale und Grenzen kollaborativer Kartographieprojekte im Krisenmanagement und in der Stadtentwicklung“ unter Leitung von Georg Glasze, Christian Bittner, Benedikt Orłowski und Cate Turk).

Neukonzeption des gesamtstädtischen Radwegenetzes einschließen. Ausgangspunkt solcher Projekte können sowohl städtische Institutionen als auch einzelne Akteure oder BürgerInneninitiativen sein. Diese Form der politischen Teilhabe durch neue Technologien der Kommunikation wirft die Frage nach ihrem praktischen Einfluss auf Inhalte und Prozesse der Stadtplanung auf. Oder anders formuliert: Welchen Beitrag leistet E-Partizipation als Instrument der Einbindung von privaten AkteurInnen in die Gestaltung politisch-administrativer Prozesse im Bereich der Stadtplanung?

Der Fokus der vorliegenden Studie liegt dabei erstens auf den von den AkteurInnen der Stadtplanung wahrgenommenen Veränderungen hinsichtlich der Quantität und Qualität der Beteiligung sowie zweitens auf einem möglichen Wandel hinsichtlich der kommunizierten Inhalte durch die verstärkte Einbindung von „natürlichen“ Personen und deren Ideen in stadtplanerische Prozesse. Hierfür wurden Fallbeispiele in den Städten Nürnberg und Hamburg untersucht, welche sich den Themenschwerpunkten Lärmplanung und der Gestaltung des Stadtbildes zuordnen lassen. Bevor jedoch die Diskussion der Empirie ins Zentrum rückt, wird ein kontextualisierender Überblick zu den Debatten um die Potentiale von E-Partizipation in der Stadtplanung dargestellt.

2 E-Partizipation in stadtplanerischen Prozessen: Zwischen Hoffnungen und Hindernissen

Ein breites Spektrum von Forschungsarbeiten widmet sich den Debatten über diese sogenannte E-Partizipation. Der folgende Überblick greift die Diskussionen um eine erhoffte Demokratisierung, Nutzungsmotive und sich ergebende Probleme der E-Partizipation auf.

2.1 Kollaborative Informationsverarbeitung im Web-2.0

In den letzten 10–15 Jahren erfuhr die Art und Weise, wie das Internet genutzt wird, einen grundlegenden Wandel. Während zunächst das Internet hauptsächlich zum Abrufen statischer Informationen diente, etablierte es sich mehr und mehr zu einem dynamischen und interaktiven Kommunikationsmedium, das Mittel zur kollektiven Erstellung und Verarbeitung von Informationen bereitstellt. Neben einer verbesserten Hardware-Infrastruktur (schnellere Rechner und höhere Datenübertragungsraten) waren es vor allem Neuentwicklungen im Bereich der serverseitigen Software, die diese Veränderungen ermöglichten. So

genannte content management systems mit grafischer Bedienoberfläche erlauben auch Nutzenden ohne Programmierkenntnisse eigene Inhalte im Internet zu veröffentlichen. Für diese Art der Internetnutzung hat sich der Begriff Web-2.0 etabliert (O'REILLY 2005, zitiert nach HOFFMANN 2011: 72). Blogs, Wikis, soziale Netzwerke, Bewertungs- und Tauschportale sind typische Formate dieses „neuen Internets“. Der Web-2.0-Nutzende wird, in Anlehnung an TOFFLER (1981, zitiert nach HOFFMANN 2011: 72) häufig mit dem Begriff „Prosument“ beschrieben; ein Kofferwort, dass sich aus den Wörtern Produzent und Konsument zusammensetzt. Es verweist auf die neue Rolle der Internetnutzenden, die Web-Inhalte nicht mehr nur konsumieren, sondern selbst zu Produzierenden werden.

Die neuen Techniken ermöglichen, dass eine Vielzahl räumlich von einander getrennter Personen zusammen ein Projekt bearbeiten, Informationen kollaborativ zusammenstellen und aufbereiten. Bekannte Beispiele für dieses crowdsourcing (HOWE 2006) sind neben Informationsportalen wie Wikipedia auch Web-Kartendienste auf Basis kollaborativer Geodatenbanken wie etwa OpenStreetMap. Tausende von freiwilligen ProsumentInnen tragen auf derartigen Portalen unzählige Informationen zusammen und diskutieren diese teilweise kontrovers. Techniken dieser Art sind auch im Kontext der E-Partizipation von großer Bedeutung, wie sich im Folgenden zeigen wird.

2.2 Beispiele für E-Partizipation in Stadtplanungsprozessen

Die Idee, die Potenziale des Internets für BürgerInnenbeteiligungen zu nutzen, ist nicht neu. So gilt der Bau eines Wohn- und Technologieparks in Bonn im Jahr 1998, bei dem die städtische Bevölkerung mittels des Internets informiert und an der Planung beteiligt wurde, heute als die Geburtsstunde der sogenannten E-Partizipation in Deutschland (MÄRKER/WEHNER 2008: 84). Durch die Entwicklungen zum Web-2.0 jedoch haben sich die Möglichkeiten für Anwendungen der E-Partizipation erheblich erweitert (vgl. MÄRKER/WEHNER 2008).

Exemplarisch für Anwendungen, welche diese neuen Techniken nutzen, sind z.B. folgende Angebote: „LiquidFriesland“¹ ermöglicht BürgerInnen des Landkreises Friesland die Stellungnahme zu und die Abstimmung über Vorhaben der Gebietskörperschaft sowie das Einbringen eigener Vorschläge zu bestimmten Themenbereichen. Zusätzlich können Nutzende ihre Stimme nach dem Konzept des delegated voting für bestimmte Themenbereiche auch an andere Nutzende übertragen, um deren Gewicht

in Diskussionen und bei Abstimmungen zu erhöhen. „Anliegen.bonn“² ist ein städtisches Internetportal in dem die Nutzenden Informationen über Missstände wie wilde Müllkippen, defekte Ampeln oder Laternen an die Stadtverwaltung übermitteln können, die sich dieser Problemlagen dann annehmen. Demgegenüber stehen Projekte wie „Frankfurt gestalten“³, die nicht von öffentlichen Körperschaften sondern von aktiven BürgerInnen entwickelt und betreut werden. In diesem Forum können Nutzende Fragen der Stadtentwicklung aller Art diskutieren und Informationen, z.B. über den städtischen Haushalt, in kompakter Form erhalten.

2.3 Inklusion und Exklusion – Was kann E-Partizipation für die demokratische Mitbestimmung der BürgerInnen (nicht) leisten?

In der Literatur findet sich eine intensive Debatte darüber, welche Potentiale E-Partizipation für eine bessere Einbindung von BürgerInnen in Entscheidungsprozesse bieten kann (vgl. BIZJAK 2012; LÜBCKE et al. 2011; MÄRKER/WEHNER 2008; SEEGER 2008; SONG/SUN 2010). Forschungen aus dem Feld der Politischen Soziologie zeigen, dass die Beteiligung von BürgerInnen an demokratischen Verfahren wie Wahlen, der Mitarbeit in Parteien und BürgerInneninitiativen oder der Teilnahme an Demonstrationen in hohem und zunehmendem Maße von deren Bildung und Einkommen abhängen (JÖRKE 2011: 15). Noch stärkere Abhängigkeiten von diesen Faktoren gibt es bei neueren Formen der Beteiligung, wie z.B. der Teilnahme an öffentlichen Mediationsverfahren, BürgerInnenentscheiden oder BürgerInnenkonferenzen (JÖRKE 2011: 15f.). Die „VerliererInnen“ der modernen Dienstleistungsgesellschaft blieben, so Jörke (ebd.), zunehmend außen vor, weil ihnen häufig notwendige Ressourcen fehlten, wie Zeit, ausreichende Sachkenntnis, rhetorische Fähigkeiten oder selbstbewusstes Auftreten.

Im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung der Teilnehmenden von Online-Beteiligungsverfahren liegen teilweise widersprüchliche Ergebnisse vor. MÄRKER/WEHNER (2008: 88) betonen integrative Effekte von E-Partizipation: „Es sind nicht länger nur relativ junge oder besonders gebildete Menschen, die sich in Beteiligungsverfahren zu Wort melden, sondern auch ältere Personen und weniger gut Gebildete“. Sie machen dafür die wachsenden EDV-Kenntnisse in breiten Teilen der Bevölkerung verantwortlich und prophezeien, dass der sogenannte digital divide, die ungleichmäßige Verteilung von Internet-Knowhow und Internetzugängen, in den Industrieländern schon bald keine große Rolle mehr spielen würde. ROTONDO/SELICATO (2011: 202) wider-

sprechen einer solchen Beobachtung und stellen fest, dass der digital divide nach wie vor dazu führt, dass viele Menschen nicht, bzw. nur in geringem Maße an Beteiligungsverfahren teilnehmen können. Sie stützen sich dabei auf empirische Untersuchungen aus Italien und den USA. LÜBCKE et al. (2011: 63) weisen in dieser Debatte auf die besonderen Schwierigkeiten online durchgeführter BürgerInnenbeteiligungen im Rahmen der Bauleitplanung hin: So blieben trotz E-Partizipation die Kommunikationsprobleme hinsichtlich einer unverständlichen (Planungs-)Fachsprache und schwierig zu lesender Bebauungspläne ungelöst. Untersuchungen von VORWERK et al. (2008: 118) über den Online-BürgerInnenhaushalt⁴ der Stadt Köln bestätigen das Bild, dass gut ausgebildete und in der Regel auch einkommensstarke Personen stark überrepräsentiert sind.

Jenseits dieser eher skeptischen Einschätzungen führen einige Forschende auch Argumente ins Feld, die für eine potentielle Stärkung und Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung sprechen: HENNING et al. (2011) verweisen auf die weitgehende orts- und zeitunabhängige Verfügbarkeit der Beteiligungsplattformen und die daraus entstehenden Erleichterungen für bestimmte Personengruppen (z.B. Vollzeit-Berufstätige, Schichtarbeitende, Eltern). ROTONDO/SELICATO (2011: 202f.) betonen die dadurch verbesserten Partizipationsmöglichkeiten für behinderte/mobilitätseingeschränkte Menschen. Sie weisen außerdem darauf hin, dass Menschen nun erheblich leichter zu einem späteren Stadium in Beteiligungsverfahren einsteigen können, falls der Verlauf des Verfahrens ausreichend online dokumentiert ist (ebd.: 203). Zudem erleichtere es die multimediale Aufbereitung von Inhalten den Nutzenden, Informationen zu rezipieren (BIZJAK 2012: 119). Auch HENNING et al. (2011: 66) sehen durch die übersichtliche online-Darstellung der Beiträge eine Steigerung der Transparenz in Beteiligungsverfahren. Mehrfach wird zudem betont, dass durch E-Partizipation lokales Wissen der Bevölkerung sinnvoll in Vorhaben integriert werden kann (HENNING et al. 2011: 66; MÄRKER/WEHNER 2008: 87; CREIGHTON 2005: zitiert nach SEEGER 2008: 200). Kontrovers wird diskutiert, welche Bedeutung die – gegenüber face-to-face-Gesprächen – eher unpersönliche und distanzierte Art der Kommunikation über das Internet hat: ROTONDO/SELICATO (2011: 202) sehen hier eher hemmende Effekte, da die zwischenmenschliche Kommunikation und Kreativität weniger stimuliert würden. MÄRKER/WEHNER (2008: 87f.) weisen hingegen auf das befreiende Potential einer anonymen Wortmeldung über das Internet hin und sehen darin bessere Bedingungen für die Artikulation kritischer Stimmen.

2.4 Welche Motive haben Kommunen für die Anwendung von E-Partizipation?

E-Partizipation in Stadtplanungsprozessen kann entweder von Seiten einzelner BürgerInnen oder Gruppierungen initiiert werden (bottom-up) oder von Seiten behördlicher Stadtverwaltung (top-down). Es scheint nachvollziehbar, dass BürgerInnen eine besondere Motivation gegenüber einem persönlichen Anliegen entwickeln. Warum aber entwickeln auch Stadtverwaltungen – jenseits ihrer rechtlichen Verpflichtungen – ein Interesse an stärkerer Beteiligung ihrer BürgerInnen und welche Vorteile bietet die elektronische Variante der Partizipation?

Ein wichtiges Argument sind finanzielle Vorteile durch wegfallende Kosten für Druck und Porto oder öffentliche Beteiligungsveranstaltungen (LÜBCKE et al. 2011: 630). Wesentlich gewichtiger könnte jedoch die Einschätzung sein, dass durch die verbesserte Integration der BürgerInnen in die Entscheidungsfindung eine gesteigerte Legitimierung von Projekten entsteht. Durch die Integration der Ideen von BürgerInnen seien Konzepte wesentlich besser durchsetzbar (CREIGHTON 2005). Zudem sehen verschiedene Autoren das Potential für die Entwicklung einer gestärkten städtischen Öffentlichkeit (MÄRKER/WEHNER 2008: 87) bzw. einer aktiven städtischen Zivilgesellschaft (CREIGHTON 2005).

Es sind also vielfältige Hoffnungen mit dem Begriff der E-Partizipation verbunden. Die Literatur verweist jedoch auch auf mögliche Hemmnisse, die es erschweren könnten, ihre Potentiale für die Kommunen in Wert zu setzen:

2.5 Die crowd als Herausforderung

Haben Kommunen Erfolg mit ihrem Aufruf zur Partizipation, so stehen sie vor der Herausforderung, die Menge an geäußerten Beiträgen auch nutzbar zu machen. BIZJAK (2011: 117) weist auf den Umstand hin, dass E-Partizipation eine Fülle von unstrukturierter und teilweise nutzlosen Daten produziert und es viele Ressourcen braucht um diese zu systematisieren und zu verwerten. Plattformen die sich z.B. aufgrund mangelnder Moderation oder Filterung der Beiträge durch die (städtischen) InitiatorInnen zu unübersichtlichen Informationswüsten entwickeln, können schnell unattraktiv werden oder gar zu Frustrationen führen. In diesem Spannungsfeld zwischen begrenzten Ressourcen und der (Selbst-)Verpflichtung zur adäquaten Auswertung gesammelter Beiträge, drängt sich die Frage auf, inwieweit Kommunen E-Partizipation durchführen können ohne dabei Gefahr zu laufen, engagierte BürgerInnen durch „falsche Versprechen“ auf mehr Beteiligung zu enttäuschen.

3 Fragestellung und Methodik

Auch wenn sich in der Literatur Vorbehalte gegen eine allzu euphorische Haltung zur E-Partizipation identifizieren lassen – ihr Einsatz eröffnet neue Perspektiven und verspricht eine frühzeitigere, umfassendere und kosteneffizientere BürgerInnenbeteiligung. Damit einher geht die Vorstellung einer Demokratisierung und Optimierung der Gestaltung von Städten. Die Literatur gibt Hinweise darauf, dass diese Versprechen z.T. eingelöst werden können. Die Befunde lassen allerdings auch erhebliche Zweifel an einer gesteigerten Partizipation aufkommen, zum Beispiel wenn es darum geht, welche Bevölkerungsgruppen sich tatsächlich beteiligen respektive welche Beteiligten mit ihren Beiträgen Eingang in den Beteiligungsprozess finden.

Die wissenschaftliche Debatte spiegelt eine hohe Erwartungshaltung gegenüber neuen Kommunikationstechnologien wieder. Grundsätzlich lässt sich die Frage stellen, inwieweit diese Erwartungen tatsächlich eingelöst werden und Prozesse der Stadtplanung durch das Instrument der E-Partizipation verbessert werden. Dieser Beitrag untersucht, welche Haltung von den InitiatorInnen selbst gegenüber der Technik und ihrer Effekte auf den Prozess der BürgerInnenbeteiligung eingenommen wird und wie diese Effekte wahrgenommen und bewertet werden. Es lassen sich, anknüpfend an den Stand der Forschung, zwei forschungsleitende Teilfragen ableiten.

Ein Interesse gilt dem möglichen integrativen Potential von E-Partizipation. In der wissenschaftlichen Debatte (s.o.) werden vor allem die Bedeutung des sozioökonomischen Hintergrunds der beteiligten Personen sowie deren technische Fertigkeiten im Umgang mit dem Internet in Bezug auf der Frage nach Beteiligung oder Nicht-Beteiligung diskutiert. Zudem wird oft die Frage nach der Motivation für eine Partizipation an der Stadtplanung gestellt. Ein Impuls dieser Arbeit ist es, herauszustellen, welche Haltung die befragten AkteurInnen hinsichtlich einer potentiell sozial asymmetrischen Beteiligung von BürgerInnen einnehmen:

Wie wird E-Partizipation von den InitiatorInnen in Hinblick auf ihren Effekt auf Grad und Qualität der Beteiligung wahrgenommen und bewertet?

In der Literatur wird häufig der Fokus auf die Motivationen der städtischen Institutionen im Kontext E-Partizipation gelegt. Im Kern werden dabei drei zentrale Aspekte hervorgehoben (s.o.): Kostensparnis, Steigerung des Grades der Partizipation und Steigerung der Legitimationsbasis. Offen bleibt jedoch die Frage nach möglichen Auswirkungen der E-Partizipation auf die diskutierten Inhalte und ihren Einfluss auf den Prozess der Stadtplanung. Dieses

Themenfeld ist in wissenschaftlichen Diskussionen bisher weitestgehend unberücksichtigt geblieben und soll im Folgenden genauer untersucht werden:

Werden durch E-Partizipation neue Inhalte in die Stadtplanung eingebracht und haben diese Auswirkungen auf den Prozess der Stadtplanung?

Um sich diesen relativ offen gehaltenen Fragestellungen anzunähern, wählten die AutorInnen ein exploratives Forschungsdesign. Das empirische Vorgehen ist an das Forschungskonzept der Grounded Theory von STRAUSS und CORBIN (1990) angelehnt. Es bricht mit der Vorstellung eines streng hypothesengeleiteten, linearen Forschungsprozesses. Anstelle einer der Empirie vorangestellten Formulierung einer Hypothese mit anschließender Veri- bzw. Falsifikation mittels erhobener Daten, lassen sich die Forschenden von der Analyse des Datenmaterials und den daraus gewonnenen Erkenntnissen leiten und passen ihre theoretischen Konzepte iterativ an (STRAUSS/CORBIN 1990: 3, 51; GEISELHART et al. 2012: 84f.). Durch die Fokussierung auf das Datenmaterial sollen die Forschenden in die Lage versetzt werden „die verschiedenen Aspekte des Forschungsfeldes und deren gegenseitigen Zusammenhänge beschreiben und verstehen zu können und dabei auch methodisch [ihre] eigenen Vorurteile und Voreingenommenheiten zu reflektieren und zu überwinden“ (ebd.: 85).

Die Beschäftigung mit der Literatur zum Thema E-Partizipation in der Stadtplanung erfolgte mit der Absicht, Anregungen für eine konkrete Herangehensweise zu identifizieren und die Ausrichtung der Empirie auf noch wenig erforschte Aspekte des Themas zu lenken. Erkenntnisse der eigenen Empirie konnten in der weiteren Beschäftigung mit den in der Literatur diskutierten Theorien und Erklärungsmustern gegenübergestellt werden. Im Rahmen dieses studentischen Forschungsprojektes konnten allerdings nicht alle Aspekte des Forschungskonzeptes der Grounded Theory verfolgt werden. Beispielsweise fand keine mehrstufige, theoriegeleitete Auswahl von zu interviewenden Personen statt.

Um vor dem Hintergrund der Leitfragen einen Zugang zum Feld zu erhalten, wurden qualitative, leitfadengestützte Interviews mit VertreterInnen verschiedener Institutionen und Projekte geführt, welche in stadtplanerischen Prozessen involviert sind (siehe Kapitel 4). Als Gesprächsgrundlage diente ein Leitfaden, der jeweils an die verschiedenen GesprächspartnerInnen angepasst wurde. Um das Gespräch möglichst offen zu halten und den Interviewten Raum für eigene Sichtweisen, Erklärungen und eigene Prioritätensetzung zu geben, wurden die Fragen so formuliert, dass eine möglichst unbeeinflusste Erzählung in Gang gesetzt werden konnte.

Gefragt wurde nach Entstehung und Verlauf des jeweiligen Projekts sowie der spezifischen Rolle der Interviewten und deren persönlichen Erfahrungen. Anschließend wurden konkrete Nachfragen gestellt, um Unklarheiten und offen gebliebene Fragen auszuräumen. Mit Zustimmung der Interviewten wurden die Gespräche aufgezeichnet und anschließend exzerpiert. Die Datenanalyse orientierte sich weitgehend an dem von der Grounded Theory vorgeschlagenen Vorgehen: In einer ersten Phase der Datenanalyse, die als „Aufbrechen“ der Daten verstanden werden kann, haben die Forschenden ihnen besonders wichtig erscheinende Aussagen markiert und mit zusammenfassenden Begriffen benannt. Im weiteren Verlauf der Sichtung der Interviews wurden diese einfachen Benennungen immer weiter zu komplexeren Konzepten und Kategorien abstrahiert und diese zueinander in Beziehung gesetzt. Die so aus dem Datenmaterial abgeleiteten Kategorien dienten der Konkretisierung und Präzisierung der eigenen Fragestellung sowie deren Analyse (GEISELHART et al. 2012: 88).

4 Fallbeispiele: „Gestaltung des Stadtbildes“ und „Lärm“

Für die Interviews wurden Personen ausgewählt, welche aktiv in unterschiedlichen Positionen in Stadtentwicklungsprozessen tätig sind. Die Befragungen fanden in Nürnberg und Hamburg im Zeitraum Juni–August 2013 statt. Es wurden sieben Interviews mit insgesamt neun Personen durchgeführt. Die interviewten Personen waren Mitarbeitende oder InitiatorInnen aus Projekten, BürgerInneninitiativen und privaten Firmen, die sich mit Themen der Stadtplanung, insbesondere mit Themen der Gestaltung des Stadtbildes und des Lärmschutzes beschäftigen. Sowohl in Hamburg als auch in Nürnberg wurden Mitarbeitende städtischer Behörden und VertreterInnen privater BürgerInneninitiativen befragt. In Hamburg wurde ein Unternehmen interviewt, welches über ein Internetportal den Austausch mit aktiven Portal-NutzerInnen pflegt und sich in diesem Rahmen mit stadtplanerischen Ideen auseinandersetzt. Ebenso in Hamburg ansässig, ein Dienstleistungsunternehmen für E-Partizipation, welches auf Anfrage Städte, Gemeinden und Ämter in stadtplanerischen Prozessen unterstützt (siehe Tabelle 1). Die Interviews fanden telefonisch oder direkt vor Ort am Arbeitsplatz oder Wohnort der Interviewten statt.

Die regionale Auswahl der Interviewpartner sowie die Auswahl der interviewten Institutionen und Projekte ergab sich aus dem Anspruch, Aussagen und Sichtweisen möglichst unterschiedlicher AkteurInnen, Projekte und Städte zu sammeln und in der Analyse zu

kontrastieren. Auch die Auseinandersetzung mit zwei unterschiedlichen Themenfeldern: „Lärmplanung“ in Nürnberg und „Gestaltung des Stadtbildes“ in Hamburg sollte eine breite Datenbasis schaffen. Im Folgenden sollen die Befragten kurz charakterisiert werden.

4.1 Hamburg: Themenschwerpunkt „Gestaltung des Stadtbildes“

In Hamburg wurden Gespräche mit VertreterInnen der fünf oben genannten Einrichtungen geführt, welche im Rahmen von Planungsprozessen zur Gestaltung des Stadtbildes aktiv sind (siehe Tabelle 1, Spalte 2).

Das *Bezirksamt Eimsbüttel* ist eines von insgesamt sieben städtischen Bezirksbehörden in Hamburg. Neben bürgerInnennahen Dienstleistungen befasst sich das Amt unter anderem mit baurechtlichen Aufgaben. Die interviewte Person kümmert sich im Amt persönlich um die anfallenden BürgerInnenanfragen. BürgerInnenbeteiligung erfolgt hier bei ausgewählten Projekten mittels E-Partizipation, jedoch nach wie vor auch in Form von klassischen BürgerInnenversammlungen.

Ebenso im Stadtteil Eimsbüttel zu verorten ist die *Bürgerinitiative Sophienterrasse*, welche 2003 ins Leben gerufen wurde. Ziel der Initiative war es, den Umbau des ehemaligen Wehrmachtsgeländes an der Sophienterrasse in ein Wohngebiet zu verhindern. Das Vorhaben blieb ohne Erfolg. Die Kommunikation und Koordination der Aktionen der BürgerInneninitiative liefen abgesehen von einer rein informativen Homepage ausschließlich über persönliche Treffen ab. Für die Befragung wurde eine Person aus dem Kreis der InitiatorInnen herangezogen, der den gesamten Verlauf der Initiative bis zu ihrem Ende im Jahr 2007 begleitete. Als weitere InterviewpartnerInnen wurden die beiden InitiatorInnen der *Bürgerinitiative Emil-Andresen-Straße* ausgewählt. Diese im Jahr 2000 gegründete Interessengemeinschaft verfolgte das Ziel, das Fällen

von 30 Bäumen in der Emil-Andresen-Straße zu verhindern. Auf Grund des stark gestiegenen Verkehrsaufkommens sollte die Straße ausgebaut werden, was die BürgerInneninitiative nicht vollständig ablehnte. Sie plädierte vielmehr für eine sanfte Erschließung mit dem Erhalt der Bäume. Mit kreativen Mitteln, wie etwa Veranstaltungen und Lesungen unter den Bäumen der Emil-Andresen-Straße, wurde die Idee an die Öffentlichkeit gebracht und verhalf der Initiative schließlich schließlich nach fast vier Jahren zum Erfolg. Abgesehen von einer Informationshomepage wurde hauptsächlich ohne die Nutzung des Internets gearbeitet.

Im gesamten Stadtgebiet tätig ist hingegen das unternehmerische Projekt *Nexthamburg*, welches 2008 gegründet wurde. Dieses steht in Kooperation mit einem privaten Planungsbüro und hat seit 2012 gleichzeitig die Rechtsform eines (als gemeinnützig anerkannten) Vereins (*Nexthamburg* 2014b). *Nexthamburg* versteht sich als Vermittlungsorgan zwischen den städtischen Behörden beziehungsweise der Politik und den BürgerInnen. Anfänglich als Pilotprojekt über Mittel des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert, finanziert sich das Unternehmen heute hauptsächlich über Projekte, welche für andere Städte über das Planungsbüro abgewickelt werden. Das Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, die BürgerInnen frühzeitig in politische Entscheidungen miteinzubeziehen, auch unkonventionellen Ideen Gehör zu verschaffen und somit einen Bewusstseinswandel hinsichtlich der Stadtplanung zu erreichen. *Nexthamburg* nutzt dafür sowohl eine partizipative Internetplattform als auch öffentliche Veranstaltungen. Auf der Homepage können sich die Nutzenden registrieren und anschließend eigene Ideen verfassen respektive Vorschläge anderer NutzerInnen kommentieren (vgl. Abbildung 1). Ziel des Unternehmens ist es, diese Vorschläge auch Wirklichkeit werden zu lassen, womit im Jahr 2014 begonnen werden soll. Eine geschäftsführende und eine mitarbeitende Person des Unternehmens wurden befragt.

Tab. 1: Übersicht der interviewten Institutionen, Initiativen und Unternehmen

Stadt/thematischer Schwerpunkt	Fallbeispiele aus Hamburg zum Schwerpunkt „Gestaltung des Stadtbildes“	Fallbeispiele aus Nürnberg zum Schwerpunkt „Lärm“
Organisationsform		
Städtische Behörden	Bezirksamt Eimsbüttel (*)	Umweltamt Nürnberg (*)
Private BürgerInneninitiativen	„Bürgerinitiative Sophienterrasse“ „Bürgerinitiative Emil-Andresen-Straße“	„Bürgerinitiative Hafestraße“ (*)
Private Unternehmen	„Nexthamburg“ (*) „DEMOS, Gesellschaft für E-Partizipation“ (*)	–

(*) Einsatz von E-Partizipation

Müll in den Untergrund
Idee für die Stadt von morgen

DIE IDEE
... lässt all die Standorte für Müllcontainer in ihrer Hässlichkeit verschwinden. In allen Neubaugebieten, in Großwohnsiedlungen, anstelle der sogenannten Depotcontainer-Stellplätze sollten Unterflur-Entsorgungssysteme eingerichtet werden. Der Container verschwindet unter der Erde; es bleibt nur noch der Einwurfschacht sichtbar und auch Kinder und Alte können gut einwerfen. Diese Systeme brauchen auch nicht mehr an versteckten Ecken platziert werden, sondern können an gut einsichtigen Stellen installiert werden.
(Foto: wikicommons user: Stroupežnického Luděk Kovář)

von **Martin Roehl**

8 Kommentare
18 Fans

BEWERTUNG DER REDAKTION

- Effekt für die Gesamtstadt
- Stimmigkeit
- Innovativität
- Umsetzbarkeit

Einloggen um Fan zu werden
Schlage eine neue Idee vor
Erzähle Deinen Freunden davon

KOMMENTARE
Einen Kommentar verfassen

Stephan 14. Juni 2014
Hallo
zum Thema Hafencity kann ich folgendes berichten: Schon frühzeitig

HIER PASSIERT'S

Abb. 1: Beispiel für eine diskutierte Idee auf der Internetplattform von NextHamburg: „Müll in den Untergrund. Idee für die Stadt von morgen“ (NextHamburg 2014a)

Eine weiteres Interview in Hamburg wurde mit einer Vertreterin des privatwirtschaftlichen Unternehmens *DEMOS, Gesellschaft für E-Partizipation* durchgeführt. Dieses Unternehmen organisiert BürgerInnenbeteiligung auf Anfrage, im Sinne einer Dienstleistung. Zu den KundInnen zählen vor allem städtische Verwaltungen, aber auch Forschungseinrichtungen beanspruchen hin und wieder seine Dienste. In den vergangenen Jahren ist der Bekanntheitsgrad solcher Unternehmen und damit einhergehend der Markt für diese enorm gewachsen. Seit dem Jahr 2005 lässt auch die Stadt Hamburg einige Projekte von dem Unternehmen umsetzen.

4.2 Nürnberg: Themenschwerpunkt „Lärmplanung“

Das *Umweltamt Nürnberg* führte 2013 eine Umfrage unter der Nürnberger Bevölkerung zum Thema Lärm durch, welche als „Nürnberg aktiv gegen Lärm“ bekannt ist. Im Rahmen von BürgerInnenversammlungen und auf einer Internetplattform konnten die BürgerInnen ihre Einschätzung zur Lärmbelastung an verschiedenen Orten der Stadt kundtun. Die hohe Resonanz, welche das Projekt erzielte, kommt den gesetzlichen Vorgaben der für Ballungsräume vorgeschriebenen Lärmaktionsplanung entgegen, bei der „die Öffentlichkeit zu beteiligen und zu unterrichten [ist]“ (*Regierung von Mittelfranken* 2014). Die Inter-

netplattform wird von dem privaten Dienstleistungsunternehmen *ZebraLog* betreut, befragt wurde ein Hauptverantwortlicher des Umweltamtes.

Weiterhin wurde ein Vertreter der *Bürgerinitiative Hafencity* interviewt. Diese wurde 2010 gegründet, um in der breiten Öffentlichkeit auf die Lärmbelastung durch das hohe Verkehrsaufkommen in der Hafencity selbst, sowie in angrenzenden Hauptverkehrsachsen aufmerksam zu machen und eine Problemlösung zu erarbeiten. Um die Ziele durchzusetzen wurden unter anderem der Nürnberger Oberbürgermeister sowie die Geschäftsführung des Nürnberger Hafens von der Initiative kontaktiert. Die Aktivitäten liefen zunächst ohne den Einsatz einer speziellen Internetseite ab, im weiteren Verlauf wurde jedoch die von der Stadtverwaltung initiierte Internetplattform „Nürnberg aktiv gegen Lärm“ eingesetzt.

5 Diskussion der Forschungsergebnisse

Im Folgenden werden die Sichtweisen der unterschiedlichen InterviewpartnerInnen aus den Fallbeispielen in Bezug auf die weiter oben dargestellten Fragestellungen analysiert. Die Diskussion der Forschungsergebnisse konzentriert sich hauptsächlich auf jene Fallbeispiele, welche E-Partizipation einsetzen (siehe Tabelle 1). Die weiteren Projekte, für welche dies nicht zutrifft, werden an dieser Stelle nicht ex-

plizit diskutiert, die Erkenntnisse aus den Interviews dienten den AutorInnen jedoch als wertvolle Kontrastfolie. Zunächst widmet sich die Darstellung den Einschätzungen der Befragten in Bezug auf die sich beteiligenden Personen. Wer gehört aus Sicht der Befragten zur *community* der Online-Beteiligung und welche (evtl. neue) AkteurInnen werden durch das Instrument der E-Partizipation für die Teilhabe an Entscheidungsprozessen aktiviert? In einem zweiten Teil werden Ideen und Themen der BürgerInnen vorgestellt welche über den Weg der E-Partizipation in die städteplanerische Praxis eingebracht und diskutiert wurden.

5.1 Wie schätzen die Befragten die Effekte von E-Partizipation auf Quantität und Qualität der Beteiligung ein?

Quantitative Ausweitung und Individualisierung der Beteiligung

Die interviewten VerantwortungsträgerInnen der Dienstleistungsunternehmen haben mehrheitlich die Erfahrung gemacht, dass es im Zuge der Anwendung von E-Partizipation zu einer quantitativen Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung kommt. Auch die, von den Dienstleistungsunternehmen selbst erstellten, quantitativen Erhebungen stützen diesen Eindruck (vgl. *Zebralog* 2012: 6). So nehmen aus Sicht der Befragten mehr BürgerInnen sowohl aktiv (durch eigene Beiträge) als auch passiv (als Mitlesende) die Möglichkeiten der Beteiligung wahr. Auch betonen mehrere Interviewte, dass durch partizipative Online-Portale Personen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden könnten, welche es vorzögen, individuell zu agieren. So gaben die VertreterInnen von *Nexthamburg* beispielsweise an, dass ein Ziel des Projektes sei, Personen die Möglichkeit der Partizipation zu bieten, ohne dass sie zur Beteiligung viel Zeit und Engagement besitzen müssten. Zwar gäbe es bei den sich beteiligenden NutzerInnen der *Nexthamburg*-Internetseite Überschneidungen mit bereits bestehenden BürgerInneninitiativen – dennoch zeige die Erfahrung, dass nun vermehrt zuvor inaktive BürgerInnen ihre Meinung äußern würden: „[...] die haben dann eine Idee, die sie seit fünfzig Jahren mit sich rumschleppen und das dann auch wahrnehmen, dass sie hier jetzt auch mal ein Forum haben, wo sie das mal einbringen können“ (Interview *Nexthamburg*, 04.07.13).

Das festgestellte „Mehr“ an aktiver und passiver Beteiligung durch E-Partizipation wird von den Befragten als ein klares Argument für einen verstärkten Einsatz von E-Partizipation in Stadtplanungsprozessen gewertet. Die Einschätzung, dass E-Partizipation

die Möglichkeit der individuellen und unabhängigen Beteiligung steigert, legt im Umkehrschluss nahe, dass sich die Rolle und die Bedeutung organisierter Interessensgruppen wie Parteien, Verbände, Vereine oder BürgerInneninitiativen im Prozess der Beteiligung verändern wird. In wie weit der verstärkte Einsatz von E-Partizipation jedoch tatsächlich zu einer höheren Individualisierung der Beteiligung führt, müssen weitere Forschungsarbeiten zeigen.

Deutungen und Umdeutungen von Exklusion

Im Hinblick auf den sozialen Hintergrund der sich beteiligenden Personen, zeichnen sich aus Sicht der Befragten im Vergleich zu konventionellen Arten der BürgerInnenbeteiligung keine maßgeblichen Veränderungen ab – trotz der teilweise umfangreichen Werbemaßnahmen⁵.

Die Aussagen der Interviewten bestätigen vielmehr ein aus anderen Studien bekanntes Muster (vgl. Kapitel 2.3): Die Bereitschaft zur Beteiligung hänge stark mit den Kategorien Geschlecht, Alter und sozialem Status zusammen. Ältere (Altersgruppe 45–69), männliche, gut gebildete BürgerInnen beteiligten sich demnach weiterhin am häufigsten. Bei den Projekten der Interviewten hätte sich jedoch auch klar herausgestellt, dass es abhängig vom Thema einer Beteiligung stärkere oder schwächere Abweichungen von diesem Schema gibt. So betonte eine Verantwortliche der Firma *DEMOS* im Interview, dass sich z.B. bei Familienthemen eine stärkere Beteiligung von Frauen, hingegen bei Finanzthemen eine nochmal stärkere Beteiligung von Männern zeige als üblicherweise. Themen wie die Klima- und Umweltpolitik fänden hingegen verhältnismäßig größeres Interesse bei jüngeren Menschen (Interview *DEMOS*, 04.07.2013). Wesentlich für die Beteiligung von Personen scheint also auch das subjektive Betroffenheitsgefühl zu sein.

Die Aussagen der Befragten deuten darauf hin, dass es durch E-Partizipation eher nicht zu einer stärkeren Beteiligung sozialer Gruppen kommt, die in konventionellen Beteiligungsverfahren unterrepräsentiert sind. Allen Interviewten ist die Exklusion bestimmter Personengruppen bewusst, doch die jeweiligen Erklärungsmuster für das Problem und der hieraus abgeleitete Handlungsbedarf variieren stark. So hinterfragt eine der VertreterInnen von *Nexthamburg* zum Beispiel grundsätzlich die Zielvorstellung, alle BürgerInnen zu erreichen und ihnen eine Teilhabe zu ermöglichen:

„[...] also wenn mich die Stadt nicht interessiert, dann mach ich da auch nicht mit, aber vielleicht muss man die auch gar nicht erreichen [...]. [Die Plattform] wird erstmal angeboten und wer das wahrnehmen möchte, macht mit, dann freuen wir uns, und wenn

nicht, also klar natürlich ist sowas wie Internet und Sprache natürlich auch immer ein Problem, aber das ist ja generell bei Internetplattformen immer ein Thema“ (Interview *Nexthamburg*, 04.07.2013).

Die Aussage erkennt implizit die Sprachbarriere, mit der z.B. fremdsprachige BürgerInnen im Umgang mit den Inhalten der Plattformen konfrontiert sein könnten, als quasi systemimmanent und somit eventuell auch als unüberwindbar an. Andere verweisen gar auf ein „Recht auf Nicht-Beteiligung“ und nehmen gegenüber einer Idealvorstellung von Partizipation eine eher relativierende Position ein: „Natürlich sollte man, wenn es der Kontext erlaubt, immer versuchen, möglichst viele Bevölkerungsschichten miteinzubeziehen“ (Interview *DEMOS*, 04.07.2013).

Die Tatsache, dass trotz erheblicher Anstrengungen möglichst alle Bevölkerungsschichten einzubinden, der erwünschte Erfolg oftmals ausbleibt, veranlasst die Interviewten nach passenden Deutungsmustern und funktionierenden Strategien zu suchen. Aussagen wie „Man wird die Leute nicht zwingen können“ (Interview *DEMOS*, 04.07.2013) oder „[v]ielleicht gibt es von manchen Menschen grundsätzliche Bedenken sich einzumischen oder es besteht gar nicht das Bedürfnis danach“ (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013) stehen exemplarisch für die Schwierigkeit bei dieser Suche und eine gewisse Resignation. Oft wisse man nicht, aus welchen Gründen sich bestimmte Personen nicht einbringen. Wie das Problem der „Nicht-Beteiligung“ zu lösen sei, bezeichnete eine der interviewten ExpertInnen als „ungelöstes Rätsel im Bereich der Beteiligung“ (Interview *DEMOS*, 04.07.2013).

Die Aussagen der Befragten zeichnen so ein bestimmtes Bild der aktiven (E-)Partizipierenden: Generell hinge es eher von der persönlichen Motivation ab, ob eine Person sich beteiligt oder nicht. Die Debatten über den Einfluss des sozialen Hintergrunds oder des Internet-*know-hows* auf den Grad der Beteiligung rücken dabei in den Hintergrund. Die fortbestehende Marginalisierung bestimmter Personengruppen wird somit teilweise zu einer selbstbestimmten Entscheidung umgedeutet, aus Exklusion wird quasi ein emanzipatorischer Akt.

Dienstleistungsunternehmen als neue AkteurInnen in Stadtplanungsprozessen

Auf institutioneller Ebene werden mit der E-Partizipation gänzlich neue AkteurInnen für die Stadtplanung relevant: private Dienstleistungsunternehmen, die sich auf die technische und inhaltliche Durchführung und die Vermarktung von Beteiligungsverfahren spezialisieren, setzen da an, wo es bei den Kommunen an *know-how* oder Personalressourcen mangelt. Dies wird

durchaus als Vorteil wahrgenommen, so empfindet ein Mitarbeiter des *Umweltamtes Nürnberg* beispielsweise die Moderation durch externe DienstleisterInnen als praktikabel. Die Verwaltung müsse sich mit den Teilnehmenden nicht über sprachliche oder formale Dinge austauschen, sondern könne ganz auf fachlicher Ebene bleiben und so würde die Autorität nicht durch eine zusätzliche Vermittlungsrolle beeinträchtigt (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013).

Verwaltungen scheinen also gute Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit solchen Dienstleistungsunternehmen zu machen, was auf einen wachsenden Markt schließen lässt. Diesen Eindruck bestätigt die Vertreterin von *DEMOS*: „Man merkt, dass ein Markt entsteht. Zu Beginn waren wir zwei Firmen die sich da betätigt haben in dem Feld [...] und inzwischen gibt es ja ganz viele Anbieter“ (Interview *DEMOS*, 04.07.2013). In der Praxis der Stadtplanung treten damit zunehmend AkteurInnen auf, welche ein kommerzielles Interesse sowohl an mehr, als auch an umfangreicheren Beteiligungsverfahren haben. Es wird zu beobachten sein, inwieweit dies zu einer Ausweitung oder Veränderung der E-Partizipation in der Stadtplanung beiträgt. Welche neuen „Instrumente“ der Beteiligung werden entwickelt und welche Dynamiken können diese auslösen? Wie definieren und nutzen die Dienstleistungsunternehmen ihre Rolle im Prozess der Stadtplanung? Inwieweit kann in dieser Konstellation von Neutralität gesprochen werden, wenn die Unternehmen gleichzeitig den BürgerInnen, den AuftraggeberInnen und sich selbst gegenüber Verpflichtungen zu erfüllen haben?

5.2 Inhalt und Form der Diskussion im Rahmen von E-Partizipation

Populäres und Altbewährtes – keine substantielle Veränderung der Themenfelder

Die Nutzung von E-Partizipation scheint aus Sicht der Befragten keine wesentlichen Verschiebungen hinsichtlich der diskutierten Themen zu bewirken. So gaben die Interviewten einhellig an, dass Öffentliche Finanzen, Planung und Verkehr die Hauptdiskussionsthemen seien und auch in Zukunft blieben. Zudem scheint die Popularität bestimmter Themen eine Rolle zu spielen: „Es gibt ja immer so ganz bewusste Themen, die dann irgendwie gespielt werden gerade in der Diskussion, generell Mobilität ist natürlich ein Thema, auch Thema Wohnen“ (Interview *Nexthamburg*, 04.07.2013). Zudem lässt sich viel Beteiligung bei Projekten der kommunalen Planung wie z.B. der Bauleitplanung bzw. der Flächennutzung verzeichnen. Dass gerade von der Stadtverwaltung eher „altbewährte Themen“ für die BürgerInnenbeteiligung gewählt

werden, sei vor allem darauf zurückzuführen, dass bei diesen Themen eine Beteiligung der BürgerInnen oftmals gesetzlich vorgeschrieben ist (Interview *DEMOS*, 04.07.2013).

Die Erweiterung des Sagbaren

Trotz eines Verharrens in konventionellen Rahmenthematiken scheint E-Partizipation eine gewisse Öffnung des Spektrums an diskutablen Ideen zu ermöglichen. So erklärte der Vertreter des *Umweltamts Nürnberg*:

„Wir hatten sinnvolle Vorschläge, wir hatten aber auch, wie es uns scheint, utopische Vorschläge. Wobei natürlich eine Utopie in der Stadtentwicklung und Stadtplanung immer auch etwas ist, worüber man ja reden können muss. Also ohne Utopien hätte sich ja nie was verändert. Von daher ist utopisch jetzt nicht böse gemeint, sondern es sind einfach Vorschläge, bei denen man davon ausgehen muss, dass die jetzt die nächsten fünf oder zehn Jahre auf jeden Fall nicht realisiert werden, auch wenn sie vielleicht sinnvoll sind im Sinne des Lärmschutzes“ (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013).

Weitere Äußerungen der Interviewten deuten darauf hin, dass Vorschläge, welche für viele Leute erst einmal als utopisch oder allenfalls nur sehr langfristig zu verwirklichen scheinen, im Rahmen von E-Partizipation geäußert und ernsthaft diskutiert werden können: „[...] ich vermute, dass bei uns auch utopischere Ideen, die man auf den ersten Blick eher als verrückt oder ungewöhnlicher bezeichnen würde, z.B. der mobile Aussichtsturm oder eine Schnell-

strecke für Ponys [vgl. Abbildung 2], die natürlich Ideen sind die man genauso ernst nimmt wie andere Ideen, aber ich denke, dass diese Ideen auf einer klassischen Bürgerbeteiligungsveranstaltung eher nicht geäußert werden“ (Interview *Nextthamburg*, 04.07.2013).

Die Online-Plattform könne als eine Art „Schutzraum“ gesehen werden, in dem „verrückte Ideen nicht total zerredet werden oder runtergevotet werden“ (Interview *Nextthamburg*). In gewöhnlichen Beteiligungsprozessen würden unkonventionelle Vorschläge schnell als technisch, finanziell oder politisch nicht umsetzbar abgelehnt und der Politik und Verwaltung fehle oftmals die Zeit sich auf diese Art von Ideen einzulassen. Bei *Nextthamburg* könnten solche Ideen hingegen reifen und es könne „[...] nach Wegen gesucht werden, wie die Bedürfnisse hinter einem scheinbar unmöglichen Vorschlag vielleicht anders zu erfüllen sind“ (PETRIN 2012: 15).

Sachlichkeit der Debatten

Im Umkehrschluss könnte man befürchten, dass Online-Beteiligung generell zu vermehrt unsachlichen Inhalten oder unsinnigen Vorschlägen beitragen würde. Dies widerlegen jedoch die Erfahrungen der Interviewten. So wurden in der Phase der Lärmaktionsplanung der Stadt Nürnberg lediglich drei Beiträge von NutzerInnen zensiert, da diese beleidigend gegenüber anderen Personen waren. Der Vertreter des *Umweltamtes Nürnberg* stellt dies folgendermaßen dar: „Gemessen an dem was sonst im Internet abgeht

Abb. 2: Abschrift und künstlerische Illustration einer im Portal von *Nextthamburg* geäußerten Idee für eine Pony-Schnellstrecke als Teil der „Bürgervision Hamburg 2030“ (Quelle: PETRIN, 2012: 39)



war das echt zahm“ (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013). Die Mitarbeitenden von *Nextthamburg* beobachteten sogar eine Art passive Selbstkontrolle der Online-Diskussionen: „[...] wenn Menschen merken das ist eine Schwachsinnsidee dann ignorieren sie das einfach erstmal“ (Interview *Nextthamburg*, 04.07.2013). Auch die Expertin von *DEMOS*, die schon an verschiedenen *online*-Beteiligungsverfahren mitgewirkt hat, bestätigt, dass es keine nennenswerten Probleme mit destruktiven Beiträgen gibt. Trotz ihrer langjährigen Tätigkeit habe sie nur selten „etwas herausgenommen“ (Interview *DEMOS*, 04.07.2013).

Aushandlungs- und Diskussionskulturen im Wandel

Ein Aspekt, der in der Literatur bisher wenig thematisiert wurde, jedoch in den Interviews wiederholt zur Sprache kam, ist ein sich wandelnder Aushandlungsdiskurs im Kontext der BürgerInnenbeteiligung. Wie sich im Bezug auf die diskutierten Inhalte schon feststellen ließ, lässt sich im Bereich der E-Partizipation im Vergleich zu BürgerInnentreffen eine deutlich konstruktivere (schriftliche) Gesprächsführung beobachten. Erklärt wird dies von den Interviewten durch die gegensätzlichen Rahmenbedingungen: Vor allem die Zeitknappheit bei regulär stattfindenden Versammlungen und Gesprächen von BürgerInnen kann zu destruktiv-abwehrenden Redebeiträgen führen. Demgegenüber ermögliche die zeitlich asynchrone *online*-Kommunikation wesentlich überlegtere und differenziertere Beiträge, also „ernsthafte Diskussionen und nicht bloß Pöbeleien“ (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013). Allerdings wurde auch auf einen Nachteil der asynchronen Gesprächsführung hingewiesen: Es sei stets unsicher, ob GesprächspartnerInnen noch einmal antworten würden (Interview *DEMOS*, 04.07.2013).

Zu den oft differenzierteren inhaltlichen Debatten trägt offenbar bei, dass sich *online* bessere Möglichkeiten der Informationsaufbereitung eröffnen. Informationen können nicht nur ausführlicher präsentiert werden, die Rezipierenden können diese vor allem auch in der für sie passenden Geschwindigkeit, Breite und Tiefe aufnehmen, was auf einer konventionellen Versammlung nicht immer der Fall ist. So wurde die Internetplattform von „Nürnberg aktiv gegen Lärm“ von einem Nutzer dafür gelobt, wie „informationsreich“ sie sei und wie die Informationen gleichzeitig „prägnant, kurz und übersichtlich“ dargestellt seien (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013). Durch die steigende Informiertheit der Beteiligten, so lässt sich festhalten, steigt die inhaltliche Tiefe der Debatten.

Erhöhte Transparenz und Legitimation von Planungsprozessen?

Die steigende Zahl passiv Mitlesender erhöht neben der Informiertheit der Bevölkerung potentiell auch die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse. Dies kann dazu führen, dass der Druck auf EntscheidungsträgerInnen wächst, die diskutierten Vorschläge auch umzusetzen. Zudem stärkt möglicherweise die erhöhte Quantität der aktiven und passiven Beteiligung die Legitimationsbasis politischer Entscheidungen.

Durch eine nun breitere Öffentlichkeit müsse die Stadtverwaltung nun auch genau thematisieren warum welche Entscheidungen für bestimmte Maßnahmen getroffen werden. Ein langfristiges Ziel der Beteiligung das „über Allem schwebt“ (Interview *Nextthamburg*, 04.07.2013), sei es jedoch, dass die Ideen nicht bei der Politik oder Verwaltung gemacht werden und dann erst die BürgerInnen dazu gezogen werden, sondern umgekehrt.

Interessanterweise wird von Seiten eines Vertreters einer städtischen Behörde eine höhere Beteiligung nicht abgelehnt, sondern eher begrüßt. Aus seiner Sicht verursache das geringe Interesse der BürgerInnen an Informationen zu laufenden Verwaltungsprojekten ein stark selbstbezogenes Arbeiten. In der Öffnung von Planungsprozessen nach außen wird ein fruchtbarer Weg aus dieser Introvertiertheit gesehen: „Ich fände es ja schon mal schön wenn die Bürger mehr von ihrem Recht Gebrauch machen würden, einfach mal Akteneinsicht oder Umweltdaten von uns zu verlangen. Das würde uns in einer ganz anderen Weise auch fordern, weil im Moment können wir so vor uns hinwurschteln. [...] Das würde uns unter einen ganz anderen Druck setzen“ (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013).

Die Frage der Anonymität

Entgegen der in der Literatur geäußerten Vermutung, dass die Anonymität des Internets die Beteiligung fördern könne, zeichneten die Interviewten ein ambivalentes Bild: Einerseits sei zu beobachten, dass viele Nutzende unter Nennung ihrer Namen miteinander kommunizieren, andererseits zeigten Erfahrungen aus Projekten anderer Städte (Düsseldorf und Dortmund) dass unter der Vorgabe den richtigen Namen und weitere persönliche Daten wie der Adresse anzugeben, kaum Beteiligung stattfindet, es sei gar ein „Todesurteil für die Beteiligung“ (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013). Zumindest von Seiten der öffentlichen Einrichtungen wird für die Erhebung persönlicher Daten auch kein Anlass gesehen. Es wurde vielmehr zu bedenken gegeben, dass selbst auf klassischen BürgerInnenversammlungen, gerade in

größeren Städten, häufig ebenfalls in gewisser Weise „anonym“ miteinander kommuniziert werden würde. „Für die Meinung“, so der Befragte, „brauchen wir die Identität nicht!“ (Interview *Umweltamt Nürnberg*, 19.06.2013). Offen bleibt hierbei, inwieweit die zunehmende Beteiligung von privatwirtschaftlichen Dienstleistungen einen Wandel herbeiführen könnte.

6 Fazit: emanzipatorische Potentiale und strukturelle Grenzen der E-Partizipation in der Stadtplanung

Inwiefern verändert sich Stadtplanung durch E-Partizipation? Diese Frage stand im Mittelpunkt dieses Beitrags. Es wurden Teilfragen formuliert, die einen Fokus auf beteiligte AkteurInnen und Inhalte der E-Partizipation legten. Die Untersuchung der Fragestellungen erfolgte, ausgehend von einem explorativ angelegten Forschungsdesign, anhand von narrativen Interviews mit AkteurInnen der Stadtplanung in Hamburg und Nürnberg. Die Aussagen der Befragten weisen darauf hin, das „klassische“ Strukturen der BürgerInnenbeteiligung, die über öffentliche Treffen und Diskussionsrunden abläuft und in der sich die verschiedenen Interessengruppen in Vereinen oder ähnlichen Formen organisieren, mit zunehmendem Einsatz von E-Partizipation an Bedeutung verlieren werden. Instrumente der E-Partizipation schaffen eine Umgebung, welche es Einzelpersonen zu erleichtern scheint, sich zu beteiligen und ihre eigene Meinung zu vertreten, ohne sich einer bestimmten Interessengemeinschaft anschließen zu müssen. Des Weiteren wurde die Beobachtung gemacht, dass neuen AkteurInnen in Prozessen der Stadtplanung eine bedeutende Rolle zukommt: Private Dienstleistungsunternehmen übernehmen im Auftrag der Stadtverwaltungen die technische und inhaltliche Umsetzung von Online-BürgerInnenbeteiligungsprojekten. Aus Sicht der AutorInnen haben diese Unternehmen großen Einfluss auf die weitere Entwicklung von E-Partizipation und einen zunehmenden Einfluss auf Beteiligungsprozesse insgesamt. Diese Prognose beruht vor allem darauf, da die Unternehmen auf Grund ihrer Schnittstellenposition zwischen BürgerInnen und Stadtverwaltung die qualitative Art und Weise, wie Beteiligungsverfahren umgesetzt werden, beeinflussen können. Zudem sind die Unternehmen am vermehrten Einsatz von E-Partizipation und einer quantitativen Zunahme von Beteiligung interessiert. Es bleibt abzuwarten in wie weit diese kommerziellen Interessen in einem Spannungsverhältnis zu Interessen von BürgerInnen und Kommunen stehen.

Es hat sich gezeigt, dass Strukturen der E-Partizipation Raum für unkonventionelle Ideen hinsichtlich der kommunizierten Inhalte in Stadtplanungsprozessen schaffen können, während die thematischen Rahmenkontexte im Wesentlichen die gleichen bleiben. Die Möglichkeit ungewöhnliche Vorschläge einzubringen ergibt sich aus einem veränderten Diskussionsverlauf: BürgerInnen können sich im Vergleich zu Versammlungen bei der Meinungsäußerung genügend Zeit nehmen und eine Reaktion auf Beiträge erfolgt meist nicht direkt. Es ist zudem generell zu beobachten, dass Diskussionen innerhalb der untersuchten Online-Beteiligungsplattformen vielfach konstruktiver verlaufen als bei BürgerInnenversammlungen. Zu dieser Veränderung trägt neben dem asynchronen Kommunikationsverlauf unter Umständen auch eine individuell steuerbare Informationsbeschaffung bei. Das Internet gibt Interessierten die Möglichkeit, sich leichter und gezielter einen Überblick über einzelne Themen zu verschaffen und den Umfang an Informationen selbst zu bestimmen. Wie weit die Möglichkeiten reichen, unkonventionelle Ideen zu äußern, bleibt bisher offen. Die dominierenden zeitgenössischen Vorstellungen, welche heute die Debatten um Stadtentwicklung und -planung mitprägen, sind gekennzeichnet durch eine Orientierung an marktförmiger Entwicklung, Standortdenken und Wettbewerbsfähigkeit. BürgerInnen und deren Ideen werden zwar vermehrt in den Entscheidungsprozess eingebunden, den Rahmenkontext innerhalb dessen Ideen geäußert und Entscheidungen getroffen werden, geben jedoch VertreterInnen der Politik und Verwaltung vor. Bei ihnen liegt zumeist auch die endgültige Entscheidungsgewalt. Ob es durch E-Partizipation erleichtert wird, Ideen und Forderungen jenseits dieses Rahmens diskutierbar oder realisierbar zu machen, sollte intensiver erforscht werden.

E-Partizipation bietet nach Ansicht der AutorInnen das Potenzial zu einem höheren Maß an Transparenz und Legitimität von Entscheidungen und Entscheidungsprozessen. Hierfür greifen zwei Effekte der neuen Beteiligungsformen ineinander: Erstens haben BürgerInnen mit Hilfe von *online*-Portalen eine verbesserte Möglichkeit, sich aktiv an Projekten zu beteiligen und somit eigene Ideen und Forderungen in Entscheidungsprozesse einzuspeisen. Zweitens erweitern diese Strukturen die „Fähigkeit“ der NutzerInnen zu einer passiven und zumeist auch anonymen Beobachtung von Entscheidungsprozessen. Dabei ist es für die EntscheidungsträgerInnen schwieriger möglich zu erkennen, von wem und von wie vielen sie beobachtet werden. EntscheidungsträgerInnen und Entscheidungsprozesse könnten sich durch diesen panoptischen Effekt einer stärkeren Aufsicht durch die BürgerInnen ausgesetzt sehen. Das Forschungsprojekt

gab Hinweise darauf, dass dies in der Praxis Effekte haben kann und die Arbeitsweise der Verwaltung in Zukunft verändern wird.

Bezüglich des Phänomens, dass bestimmte soziale Gruppen bei konventionellen Teilnahmeverfahren nur wenig bzw. gar nicht vertreten sind, wird bei Teilnahmeverfahren mittels E-Partizipation von den Befragten AkteurInnen eine gewisse Kontinuität festgestellt. Hieran konnte auch die weitgehende Anonymität in den untersuchten Projekten nichts ändern. Sie scheint, entgegen mancher Erwartungen, keine große Rolle zu spielen. Weil Strategien zur Integration breiter Bevölkerungsteile bisher nicht fruchten, hat sich eine gewisse Ratlosigkeit verbreitet. Teilweise wird die fortbestehende Exklusion als selbstbestimmter Akt gedeutet, was sie angesichts der größtenteils erfolglosen Integrationsbemühungen mit einer gewissen Legitimität zu versehen sucht. Zudem ergaben die Interviews, dass ausschlaggebend für das Engagement in erster Linie die persönliche Betroffenheit mit dem jeweiligen Thema ist. Ob sich jemand betroffen fühlt hängt von verschiedenen Aspekten ab. Diese scheinen neben einer räumlichen Nähe zu einem verhandelten Projekt oder Thema auch Eigenschaften wie Alter, Geschlecht und Bildungsstand zu sein.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es Veränderungen in der Stadtentwicklung gibt, die auf ein gewisses emanzipatorisches Potential der E-Partizipation zurückführbar sind. Dafür sprechen eine verbesserte Möglichkeit der Einspeisung von Ideen und Forderungen durch die BürgerInnen. Dies betrifft insbesondere die „unorganisierten Interessen“, also singuläre Einfälle oder kreative Sichtweisen welche von Einzelpersonen artikuliert werden können. Online-Debatten eröffnen Räume für unkonventionelle Ideen und Vorschläge und ermöglichen eine inhaltliche Aufwertung der Diskussionen. Das erleichterte passive Verfolgen von langwierigen Entscheidungsprozessen ermöglicht zudem eine stärkere Transparenz und Kontrollierbarkeit der Verwaltung. Nichtsdestotrotz wurde deutlich, dass Entscheidungsprozesse weiterhin vorwiegend nach dem top-down-Schema ablaufen und E-Partizipation offenbar kaum ein geeignetes Instrument gegen soziale Exklusionsmechanismen über Geschlecht, Alter oder Bildungsstand darstellt. Letztlich sind es die jeweiligen InitiatorInnen der Online-Plattformen die den Rahmen des Diskutier- und Entscheidbaren maßgeblich bestimmen. Hierbei nehmen die privaten Dienstleistungsunternehmen, im Sinne in ihrer Schnittstellenfunktion eine neue, wirkmächtige Rolle im Kontext der BürgerInnenbeteiligung ein. Insgesamt bleibt es also fraglich, inwieweit Stadtentwicklung insgesamt partizipativer oder gar visionärer wird. Die Frage danach, wie das vorhandene emanzipatorische Potential noch besser in Wert gesetzt werden kann, bietet Raum für weitere Forschungen.

Anmerkungen

- 1) <https://www.liquid-friesland.de/>
- 2) <http://anliegen.bonn.de/>
- 3) <http://www.frankfurt-gestalten.de/>
- 4) Teilnahmeverfahren, das BürgerInnen in die kommunale Haushaltsplanung einzubinden sucht
- 5) Verschiedene Strategien werden eingesetzt um die Portale publik zu machen: Werbung in Print- und Onlinemedien (soziale Netzwerke und Foren, Linkplatzierungen auf städtischen Seiten); Einbeziehung spezifischer Multiplikatoren (z.B. Interessengruppen, Schulen, Altenheime); etc.

Literatur

- ALLBRECHT, S. et al. 2008: E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Bremen.
- BIZJAK, I. 2012: Improving public participation in spatial planning with Web 2.0 tools. In: *Urbani izziv* 23/1: 112–124.
- CREIGHTON, J. 2005: *The Public Participation Handbook: Making better decisions through citizen involvement*. San Francisco.
- Deutscher Städtetag* (Hrsg.) 2013: *Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung*. Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Deutschen Städtetags. Berlin.
- DÜWEL, J.; GUTSCHOW N. 2005: *Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert: Ideen, Projekte, Akteure*. Berlin, Stuttgart.
- GEISELHART, K. et al. 2012: Die Grounded Theory in der Geographie. Ein möglicher Weg zu Empirie und Theorienbildung nach dem Cultural Turn. In: *Bericht zur deutschen Landeskunde* 86/1: 83–95.
- HAKLAY, M. et al. 2008: Web Mapping 2.0: The Neogeography of the GeoWeb. In: *Geography Compass* 2/6: 2011–2039.
- HENNING, S. et al. 2011: GEOKOM-PEP – WEB-2.0-Anwendung zur partizipativen Planung durch soziale Geokommunikation. In: *gis.Science* 3/2011: 65–74.
- HOFFMANN, K. 2011: Nutzergenerierte Karten und kartographische Kommunikation im Web 2.0. In: *Kartographische Nachrichten* 2/2012: 72–78.
- JÖRKE, D. 2011: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, APuZ 1-2/2011. 13–18.
- LÜBCKE, M. et al. 2011: Die Zukunft der Stadtentwicklung: online und partizipativ? In: *Informationen zur Raumentwicklung* 10/2011: 627–636.
- MÄRKER, O.; WEHNER, J. 2008: E-Partizipation. Bürgerbeteiligung in Stadt- und Regionalplanung. In: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 32/2008: 84–89.
- Nexthamburg* 2014a: Müll in den Untergrund. Idee für die Stadt von morgen. Online: <http://www.nexthamburg.de/themen-und-ideen/#!http://www.nexthamburg.de/loesung/mull-in-den-untergrund/>, (23.07.2014).
- Nexthamburg* 2014b: Was ist Nexthamburg? Online: <http://www.nexthamburg.de/was-ist-nexthamburg/>, (23.07.2014).
- PETRIN, J. 2012: *Nexthamburg. Bürgervisionen für eine neue Stadt*. Hamburg.
- Regierung von Mittelfranken* 2014: EG-Umgebungslärmrichtlinie und Lärmaktionspläne. Online: http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/aufg_abt/abt8/abt84009EG.htm, (23.07.2014).
- RENSCH, S. 2012: Kollaborative Datenerfassung mittels Smartphones. Mobile Partizipation am Beispiel der Radwegeerfassung in Mannheim. Kaiserslautern.
- REUBER, P.; PFAFFENBACH, C. 2005: *Methoden der empirischen Humangeographie*. Braunschweig.

- ROTONDO, F.; SELICATO, F. 2011: E-Deomocracy in Collaborative Planning: A Critical Review. In: MURGANTE, B. et al. (Hrsg.): ICCSA 2011, Part II, LNCS 6783. Berlin, Heidelberg: 199–209.
- SEEGER, C. 2008: The role of facilitated volunteered geographic information in the landscape planning and site design process. In: *GeoJournal* 72/2008: 199–213.
- SINNING, H. 2007: Stadtplanung – Stadtentwicklung – Stadtmanagement: Herausforderungen für eine Nationale Stadtentwicklungspolitik. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 6/2007: 303–308.
- SONG, W.; SUN, G. 2010: The Role of Mobile Volunteered Geographic Information in Urban Management. In: *Proceedings of Geoinformatics 2010*: 1–5.
- STRAUSS, A.; CORBIN, J. 1990: *Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim.
- VORWERK, V. et al. 2008: Bürgerbeteiligung am Haushalt. Das Beispiel Bürgerhaushalt Köln. In: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 32/3: 114–119.
- Zebralog*. 2012: Bericht über die erste Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung an der Lärmaktionsplanung in Nürnberg (18. Januar bis 8. Februar 2012). Berlin (unveröffentlichter interner Bericht).

Liste der InterviewpartnerInnen

- Interview mit einem Mitarbeiter des *Umweltamtes Nürnberg*, 19.06.2013, Nürnberg.
- Interview mit einer Mitarbeiterin von *DEMOS*, 04.07.2013, Hamburg
- Interview mit zwei Mitgliedern der *Bürgerinitiative Emil-Andresen-Straße*, 04.07.2013, Hamburg.
- Interview mit einem Mitglied der *Bürgerinitiative Sophienterrassen*, 04.07.2013, Hamburg.
- Interview mit zwei MitarbeiterInnen von *Nexthamburg e.V.*, Hamburg, 04.07.2013, Hamburg.
- Interview (telefonisch) mit einem Mitarbeiter des *Bezirksamtes Eimsbüttel*, 09.07.2013.
- Interview mit einem Mitglied der *Bürgerinitiative Hafensstraße*, 23.07.2013, Nürnberg.

Abstract

E-Participation as a new Impuls in City Planning Processes? From City Planners' Visions to Citizen's Utopias

The article contributes to the debate on potentials for collaborative knowledge production and political participation anticipated with the development of the so-called web 2.0. The authors ask how processes of urban planning and development are modified by the use of e-participation. With regard to this, the study considers both the participating actors and the contents of the discussions. Case studies in Hamburg and Nuremberg are analysed in order to reveal different perspectives of representatives of public administration, citizen's initiatives and private service providers. The authors conclude that e-participation offers a limited but noticeable emancipatory potential. It opens up and enriches debates on urban development and enhances the transparency of decision-making processes. However, the analysis also shows that e-participation is widely ineffective approaching the persistence of hierarchical structures and exclusion patterns in urban politics.

Tags: **urban planning; urban development; e-participation; web 2.0; citizen participation**

Autoren: Katrin Franz; Isabella Haidl; Kerstin Hartmann; Felix Lehnhoff; Sofrony Riedmann; Christian Bittner; Benedikt Orlowski, benedikt.orldowski@fau.de. Institut für Geographie der Universität Erlangen-Nürnberg.